



Anregendes Interview der Spitzenkandidierenden am EVP-Wahlevent.



Die EVP war mit Plakaten öffentlich gut präsent.

EVP-Info



Evangelische Volkspartei
Stadt Bern

Informationen der Evangelischen Volkspartei Stadt Bern

Juni 2010

Das Modell Manuel verhindert die Integration

Vor kurzem hat der Stadtrat ein neues Schulreglement verabschiedet. Er hat damit vor allem die neuen Vorgaben des Kantons zur Integration von Schülerinnen und Schülern mit besonderen Bedürfnissen in Regelklassen umgesetzt. Nun geht es bei der Umsetzung von so umfassenden Vorhaben wie der Integration nicht nur um strategische oder organisatorische Aspekte, sondern um einen inhaltlichen Entwicklungsprozess, der Jahre andauert. Im Hinblick auf die Integration stehen wir dabei noch ganz am Anfang. Im Wissen darum lässt der Kanton den Gemeinden viel Freiraum bei der Umsetzung, der sogar Anpassungen aufgrund von zukünftigen Erfahrungen ermöglicht.

In ähnlichem Sinn wurden bereits bei der Einführung des aktuellen Lehrplans verschiedene Modelle zur Ausgestaltung der Sekundarstufe 1 vorgeschlagen und ermöglicht. In der Stadt Bern haben die meisten Schulen das Modell Manuel ausgewählt: Sekundar- und Realschüler werden

grundsätzlich getrennt unterrichtet. In den Hauptfächern können gute Realschüler aber den Unterricht auf höherem Niveau besuchen und umgekehrt.

Die Einführung des Manuel-Modells war damals ein Schritt in Richtung Integration. Es ging um die so genannte Durchlässigkeit zwischen Real- und Sekundarstufe. Heute, bald 20 Jahre später, stehen wir mit der Integration aber an einem ganz anderen Ort. Das Modell Manuel ist im Hinblick auf die Integration eher hinderlich, weil es trotz allem separierend wirkt. Für mich ist klar, dass das Modell Manuel in der Stadt Bern nicht zum langfristig geltenden Einheitsmodell auf Sekundarstufe 1 gemacht und zementiert werden darf. Es könnte gute Entwicklungen Richtung Integration, die jetzt auf der Primarstufe beginnen, auf der Sekundarstufe 1 behindern. Integration soll längerfristig ja nicht nur bis zu 6. Klasse, sondern auch auf der Oberstufe umgesetzt werden. Zudem kann es nicht sein, dass die ganze Last der



Christoph Scheurer

Integration auf der Sekundarstufe 1 ausschliesslich den Real- und Sekundarklassen zugemutet wird, während die Sekundarklassen damit scheinbar nichts zu tun haben. Dass die Parteien SVP, FDP und CVP nun per Volksvorschlag nur noch Manuel erlauben wollen, finde ich wenig vorausschauend und den Anforderungen und Bedürfnissen einer guten integrativen Schule nicht förderlich.

Christoph Scheurer,
Heilpädagoge und ehemaliges
Schulkommissionsmitglied der EVP

Knapper, aber bitterer Verlust bei den Grossratswahlen

Die Grossratswahlen vom 28. März haben grosse Gewinne für die erstmals antretende, von der SVP abgespaltene Bürgerlich-Demokratische Partei (BDP) gebracht und allen andern bisher im Parlament vertretenen Parteien gegenüber den letzten Wahlen Stimmen und fast immer auch Sitze gekostet – leider auch der EVP Stadt Bern. Ihr Wähleranteil sank von 5,0 auf 3,3% bzw. von umgerechnet 1170 auf 928 Wähler (jeweils inkl. junge Liste *jevyp gerechnet).

Die EVP Stadt Bern hat ihren Grossratsitz und EVP-Grossrat

Wilf Gasser sein Politmandat eingebüsst. Es hätte gereicht, wenn 51 Wähler mehr die EVP oder 408 Wähler mehr eine der miteinander verbundenen christlichen Parteien unterstützt hätten. Wilf Gasser wurde mitten aus einer immer aktiveren Parlamentsarbeit gerissen und muss sich nun teilweise neu orientieren. Die EVP Stadt Bern wünscht ihm dabei Gottes Segen und dankt ihm für die geleistete Arbeit.

Mitgewirkt am bedauerlichen Resultat haben eine Vielzahl von Faktoren: der grössere Reiz der neuen gegenüber den etablierten Parteien, die etwas höhere Wahlbeteiligung, die beschränkten finanziellen Mittel der keine wirtschaftlichen Interessen vertretenden EVP, die grössere Medienpräsenz der grossen und der neuen Parteien, die nicht einfach und plakativ zu vermittelnde

Position der EVP als Mittepartei auf Grundlage einer christlichen Ethik usw. Selbstkritisch muss aber auch gesagt werden, dass die EVP ihre potenziellen Wähler zu wenig mobilisieren konnte, hat doch nur jede/r zweite Empfänger/in dieser «EVP-Info» EVP gewählt oder überhaupt gewählt.

Allen, welche die EVP unterstützten, sei an dieser Stelle für ihr Vertrauen gedankt. Immerhin ist zu bedenken: Die EVP ist die nächsten vier Jahre immer noch mit zehn Personen im Kantonsparlament vertreten und hat eine wichtige Brückenfunktion zwischen den zwei grossen Blöcken der Bürgerlichen und der Rot-Grünen. Die EVP Stadt Bern wird alles daran setzen, in vier Jahren den knapp verlorenen Sitz zurückzuerobern. Wir zählen auf Sie!

Christof Erne

Kurz-Infos

Silvia Heckendorn zurückgetreten

Auf die Hauptversammlung 2010 hin ist Silvia Heckendorn aus beruflichen Gründen aus dem Vorstand der EVP Stadt Bern zurückgetreten. Sie arbeitete während rund fünf Jahren engagiert mit und ihren Rücktritt bedauern wir sehr. Für ihre kompetente Mitarbeit bei der Organisation von Veranstaltungen und der Redaktion des «EVP-Info» danken wir ihr herzlich.



Silvia Heckendorn

BSt.

Impressum

Herausgeber:
EVP Kanton Bern,
Postfach, 3000 Bern 7
Redaktion «Berner EVP»:
Christof Erne, Bern

Kontaktadresse für «EVP-Info»: Christof Erne,
Tel. 031 991 78 91, ch.erne@hispeed.ch

EVP Stadt Bern, Postfach 6049, 3001 Bern
Postcheckkonto 30-2067-3;
Mail: info@evp-bern.ch, Internet: www.evp-bern.ch



EVP unterwegs: Botanischer Garten

Samstag, 5. Juni 2010, 10.00 Uhr, Palmenhaus, Botanischer Garten, Bern

Unser diesjähriger Ausflug wird uns in den Botanischen Garten, unseren «Stadtpark» führen. Wir treffen uns vor dem Palmenhaus zu einer einstündigen Führung durch den blühenden Garten. Mit Kafi und Gipfeli lassen wir den Ausflug ausklingen.

Damit wir genügend Gruppenführer organisieren können, bitten wir um Anmeldung bis zum 29. Mai an monika.amsler@gmx.ch.

Wir freuen auf Ihre Teilnahme!

Die Integration muss konsequent weitergeführt werden

Auf das Schuljahr 2010/2011 hin werden in den Stadtberner Schulen wichtige Neuerungen eingeführt. Der Stadtrat hat ein neues Schulreglement verabschiedet, das den Integrationsartikel des Kantons umsetzt. Die Mehrheit der Kleinklassen wird aufgehoben und die Kinder in die Regelklassen integriert. Monika Amsler erklärt, was das für Kinder und Lehrkräfte bedeutet.

Warum befürwortest du die Integration der Schüler aus Kleinklassen in die Regelklassen?

Die Kleinklassen hatten ursprünglich das Ziel, Schülerinnen und Schüler mit Lernschwierigkeiten zu fördern. Heute ist jedoch der Ausländeranteil in diesen Klassen so hoch, dass vermutet werden muss, diese Klassen würden für anderes missbraucht. Zudem erhalten die Schüler/innen mit dem Besuch der «Kleinklasse» einen Stempel aufgedrückt, der ihnen ein Leben lang anhaftet.

Es sind zwei verschiedene Dinge, ob man – vor aller Augen – eine Spezialklasse besuchen muss, oder ob im Zeugnis einfach nach RiLz (reduzierten individuellen Lernzielen) bewertet wird. Vor allem auch, weil RiLz selten in allen Fächern nötig sind. Für die Entwicklung der Persönlichkeit aller Kinder ist es ohnehin besser, wenn sie lernen, sich mit ihren Stärken und Schwächen in einem realistischen Abbild der Gesellschaft auseinanderzusetzen und nicht in einem massgeschneiderten «Sonderpool».

Gibt es nicht auch Nachteile, wenn die Kleinklassen aufgelöst werden?

Doch. In Schulen, die mit dem Modell «Manuel» arbeiten und wo die Integration nur auf der Realstufe stattfindet, wird es wohl einfach zu einer (weiteren) Senkung des Niveaus in diesen Klassen führen.

Wird das grosse Spektrum der Kinder nicht eine Überforderung der Lehrkräfte?

Es müssen sicher gewisse Rahmenbedingungen gewährleistet werden. Die Anzahl der Schüler pro Klasse sollte auf maximal 20 beschränkt werden. Zudem sollte in der Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte vermehrt das Augenmerk auf die Bedürfnisse und Lernziele der schwächeren Schüler gelenkt werden und zudem auf die Organisation einer Klasse mit unterschiedlichen Niveaus. Die Ausbildung an der Pädagogischen Hochschule hat den expliziten Real- oder Sekundarlehrer abgeschafft, die künftigen Lehrkräfte sollten also auch in der Lage sein, eine Mischform zu unterrichten. Genauso wie es in Mehrjahrgangsklassen zu einem «Krankeffekt» zwischen älteren und jüngeren Schülern kommt, kann dieser auch zwischen stärkeren und schwächeren Schülern gleichen Jahrgangs wirksam werden und die Lehrperson entlasten.

Welche Unterstützung gibt es, wenn es bei der Integration in der Regelklasse Schwierigkeiten gibt?

Die Heilpädagoginnen und Heilpädagogen arbeiten nach wie vor an den Schulen und



Monika Amsler, Reallehrerin und Theologiestudentin

können zur Unterstützung der Lehrpersonen oder zur gezielten Förderung von Kindern mit Lernschwierigkeiten beigezogen werden. Das kann einzeln, in Kleingruppen oder in Form von Co-Teaching mit der Klassenlehrperson stattfinden.

Wo siehst du noch Lücken bei der Einführung der Integration? Was sollte noch verbessert werden?

Wie bereits gesagt muss die Integration konsequent weitergeführt werden und auch die Sekundarklassen müssen miteinbezogen werden. Die Klassen für Fremdsprachige sollten durch dreimonatige Intensivkurse ersetzt werden.

Interview: Barbara Streit-Stettler

Zur Person

Monika Amsler (33) ist erfahrene Lehrerin auf der Sekundarstufe 1. Nebst ihrem Teilpensum im Schulhaus Wankdorf im Nordquartier studiert sie im vierten Semester Theologie. Monika Amsler, Ende April Mutter geworden, ist Mitglied des Vorstandes der EVP Stadt Bern und kandidierte für den Grossen Rat.

Städtische Volksabstimmungen vom 13. Juni 2010

Volksinitiative «Keine gewalttätigen Demonstranten»

Die Vorlage verlangt ein neues Instrument, das Gewalt bei Demonstrationen bekämpfen soll: Wenn eine Kundgebung zu eskalieren droht, soll die Polizei die Demonstrierenden auffordern können, eine Kundgebung unverzüglich zu verlassen. Wer der Aufforderung nicht nachkommt, wird gebüsst. Dadurch erhoffen sich die Befürworter eine rasche Auflösung von Kundgebungen, bevor es zu gewalttätigen Ausschreitungen kommt. Bezüglich

dieses «Entfernungsartikels» kann noch auf keinerlei Erfahrungen zurückgegriffen werden, weil er bislang noch nirgends angewendet wurde. Martin Trachsel und ich sind im Gegensatz zur Mehrheit des Stadtrats der Meinung, dass dieses Instrument zwar kein Wundermittel ist, aber doch einer Prüfung wert ist. In der Anwendung wird sich zeigen, ob und wie es wirkt. Falls es sich nicht bewährt und beispielsweise rechtliche Schwierigkeiten nach sich

zieht, kann es relativ unkompliziert per Stadtratsbeschluss wieder abgeschafft werden.

Wir bitten Sie, dieser Volksinitiative zuzustimmen. Barbara Streit-Stettler, Stadträtin



ZPP Mingerstrasse: Abgabe von Land im Baurecht, Verkauf von Einstellhallenplätzen

Das Berner Stimmvolk entscheidet indirekt, ob die PostFinance einen neuen Hauptsitz bauen kann und deshalb in Bern bleibt.

Die Abstimmung beinhaltet die Abgabe des Landes im Baurecht und den Verkauf eines Einstellhallengeschosses an der Mingerstrasse.

Bereits im November 2008 wurde dem Zonenplan ZPP Mingerstrasse zugestimmt. Damit waren die Voraussetzungen geschaffen, zwischen Autobahn, Curlinghalle und PostFinance-Arena ein Büro- und Dienstleistungsgebäude zu errichten. Aufgrund eines Projektwettbe-

werbes ist geplant, ein 13-stöckiges Hochhaus mit 55 Metern Höhe als eines der grössten Bauwerke in Bern zu erreichen, das 1200 Arbeitsplätze beherbergt.

Besitzerin des Bodens ist der städtische Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik. Dieser hatte im Zusammenhang mit der Sanierung der PostFinance-Arena die Einstellhalle mit 125 Parkplätzen vorfinanziert. Der Fonds erwartet Erlöse aus Baurecht und Verkauf der Parkplätze von 15 Millionen Franken.

Mit dem neuen Hauptsitz will PostFinance die Mitarbeitenden zusammenführen, die heute in

Bern an fünf Standorten tätig sind.

Der Stadtrat hat dem Projekt einstimmig zugestimmt. Die EVP-Stadträte empfehlen Ihnen, die Vorlage in der Volksabstimmung ebenfalls anzunehmen.

Martin Trachsel, Stadtrat



Übertragung von Aufgaben an die Regionalkonferenz Bern-Mittelland

Am 1. Januar 2010 hat die Regionalkonferenz (RK) ihre Tätigkeit aufgenommen. Sie entscheidet nun verbindlich über die regionale Verkehrs- und Siedlungsplanung sowie die Kulturförderung.

Zusätzlich können ihr weitere Aufgaben aus dem Zuständigkeitsbereich der Gemeinden

übertragen werden. Dazu ist aber ein Beschluss der beteiligten Gemeinden notwendig.

Der Stadtrat von Bern hat nun einer parlamentarischen Initiative zugestimmt, die verlangt, dass eine solche Übertragung von Aufgaben an die RK vom Stadtrat beschlossen werden muss. Weil diese Änderung eine Teilrevision

der Gemeindeordnung nach sich zieht, braucht es dafür eine Volksabstimmung.

Die beiden EVP-Stadträte bitten Sie, dieser Vorlage zuzustimmen, weil sie den Einfluss des Parlaments zu Entscheiden in Sachen RK stärkt.

Barbara Streit-Stettler, Stadträtin

Für Ihre Agenda

Samstag, 5. Juni 2010

10.00 Uhr vor dem Palmenhaus des Botanischen Gartens (BoGa), Bern: Führung durch den BoGa, anschliessend Kaffee und Gipfeli. Details im Kasten auf Seite 1.

Mittwoch, 1. September 2010

19.30 Uhr an der Nägeligasse 9, Bern: Parolenfassung zu den städtischen Volksabstimmungen vom 26. September 2010.